

XXIV. GP.-NR

5485 /J

28. Mai 2010

Anfrage

**der Abgeordneten Gabriele Tamandl
Kolleginnen und Kollegen**

an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

betreffend Kreditkartenfälschungen und Kreditkartenbetrug

Immer mehr Konsumentenschutzorganisationen befassen sich mit der Thematik der Kreditkartenfälschung.

Aus Bankenkreisen und der Polizei wurde bekannt, dass Kriminelle europaweit vermehrt versuchen, die Kreditkartendaten von Bürgern auszuspähen, um dann zu betrügen. Um Betrügereien zu verhindern, haben daher Banken in Deutschland ihre Kunden bereits aufgefordert, ihre Mastercards umzutauschen.

Vermutet wird, dass die derzeit auftretenden Versuche von „Datenklau“ dann vor allem im Ausland stattfinden. Es könne zum Beispiel sein, dass dort bei Hotels, in Restaurants oder Geschäften, bei denen der Kunde mit der Karte bezahlt, die Daten kopiert würden. Auch manipulierte Bankautomaten würden zum „Datenklau“ genutzt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage:

1. Ist Ihnen bekannt, dass Banken auch Mastercard-Inhaber in Österreich aufgefordert haben, ihre Mastercards umzutauschen?
2. Wie hoch schätzt das Ressort jährlich den Missbrauch von Kreditkarten international, wie hoch in Österreich ein (Ersuche um Angabe von Beträgen)?
3. Wie viele Missbrauchsfälle sind dem Ressort in den Jahren 2007, 2008 und 2009 bekannt geworden (Aufschlüsselung auf Jahre)?
4. Wie viele Betrugsfälle gab es in Österreich nach Kenntnis des Ressorts in diesen Jahren mit gestohlenen Kreditkarten?
5. Um welche Summen ging es jeweils (Aufschlüsselung auf Jahre)?
6. Wie sieht die internationale Entwicklung beim Kreditkartenbetrug aus?
7. Ist Ihnen bekannt, wie viele Kreditkarten deswegen in den Jahren 2007, 2008 und 2009 gesperrt wurden?
8. Welche Maßnahmen zur Eindämmung dieses Problems schlagen Sie vor?

9. Sind Ihren Konsumentenschutzministerkollegen in Europa diese Probleme bekannt?

10. Welche Maßnahmen haben die Mitgliedstaaten diesbezüglich bereits getroffen?

Leitende der
Dienste
Kommunikation
Arbeit und Gesundheit
Wohnung
/

Prof. Dr. Müller